

# Positive Bilanz bei der

## Rationalisierung in Königsee

Die Intensivierung der Produktion durch umfassende Rationalisierung ist der Hauptweg zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit zur Erfüllung der Hauptaufgabe. Diese vom VIII. Parteitag festgelegte Grundrichtung der Wirtschaftspolitik bildet den Ausgangspunkt für die Parteiarbeit im VEB Werkzeugfabrik Königsee. Wir betrachten die sozialistische Rationalisierung als eine erstrangige politische Aufgabe und organisieren unsere Arbeit entsprechend der 7. und 8. Tagung des ZK. Daß bei konsequenter Durchsetzung dieser Beschlüsse die Erfolge nicht ausbleiben, zeigen die Ergebnisse der Rationalisierung in unserem Betrieb.

Der VEB Werkzeugfabrik Königsee gehört zum Werkzeugkombinat Schmalkalden und ist der bedeutendste Hersteller von Spiralbohrern in der DDR. Diese Bohrer finden sowohl in der Industrie und im Handwerk als auch bei Heimwerkern und Bastlern Verwendung. Der Betrieb befindet sich mitten in der Rationalisierung. Bisher konnten durch die Rationalisierung 150 Arbeitsplätze eingespart werden. Die Wa-

renproduktion wuchs um fast 20 Prozent, und die Arbeitsproduktivität konnte um fast 22 Prozent gesteigert werden.

### Klare Führungskonzeption

Wie bereitete sich unsere Parteiorganisation politisch auf die weitere Rationalisierung vor? Zunächst kam es darauf an, eine gut durchdachte Konzeption der Parteileitung zur politischen Führung der Rationalisierung auszuarbeiten, die sich auf die Beschlüsse der Parteiführung stützt. Sie richtet sich darauf, alle Mitglieder der Parteiorganisation mit den politischen Aufgaben vertraut zu machen und sie zu befähigen, alle Werkstätigen des Betriebes zur aktiven Mitarbeit zu mobilisieren.

Für die Ausarbeitung der politisch-ideologischen Aufgaben nahmen wir eine im Auftrage des Werkdirektors angefertigte Analyse und die Rationalisierungskonzeption der Werkzeugfabrik mit zur Hilfe. Diese vermerkte die Tatsache, daß in den vergangenen Jahren viele moderne Sondermaschinen und Einzelautomaten im Betrieb aufgebaut worden waren, von

## INFORMATI

### Werktätige entscheiden mit

Die Bürger der Stadt Burg kritisierten häufig den schlechten Zustand der Friedensstraße. Auf Vorschlag der Parteigruppe der Volksvertretung berieten Stadtverordnete und Rat über dieses Problem an Ort und Stelle mit

Einwohnern und Straßenbauarbeiten. Deren Hinweise bzw. Neuerervorschläge und ihre Mitarbeit ermöglichen es nun, im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes 1973, die Befahrbarkeit dieser Straße bei geringem Aufwand wesentlich zu verbessern. Die hierbei gesammelten Erfahrungen ermöglichen dem Rat des Kreises, mit den vorhandenen Mitteln den Zustand der F 184 in der Stadt Gommern und in der Gemeinde Dannigkow zu verändern.

Auch die Parteigruppe der Volksvertretung der Gemeinde Ziepel schlug vor — angeregt durch die Diskussion des Gesetzentwurfes —, mit den Leitern der im Ort produzierenden Betriebe und Genossenschaften zu beraten, was gemeinsam getan werden kann, um den Straßenzustand im Ortsteil Kampf zu verbessern. Ergebnis: 150 000 Mark werden konzentriert eingesetzt, die Aufgabe wird im Wettbewerb „Mach mit!“ realisiert. (NW)